EU-Kommission will Freie Berufe demontieren

EU-Kommission will Freie Berufe demontieren

Bundeszahnärztekammer: Mobilität darf Qualität nicht aushöhlen
Berlin, 07. Oktober 2013 - Die Europäische Kommission fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, bei sog. regulierten Berufen, z.B. Freien Berufen und Handwerk, das Berufsrecht zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen. Erfasst werden ausdrücklich alle regulierten Berufe einschließlich der Gesundheitsberufe. Die Bundeszahnärztekammer kritisiert den Vorstoß der Kommission als Frontalangriff auf Freiberuflichkeit und Qualität der deutschen Ausbildungsberufe.
In den Prüfauftrag einbezogen werden insbesondere Berufsausübungsregeln und Regeln zum Berufszugang sowie die Mitgliedschaft in Berufskammern. Die Europäische Kommission möchte damit die Finanzkrise angehen und das Wirtschaftswachstum anregen.
"Die europäische Freizügigkeit darf nicht zu einer Aushöhlung der Qualität führen. Vor allem für Patienten muss das Qualifikationsniveau der Behandler sichergestellt sein", erklärt der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel. "Mit diesem Vorstoß sollen bewährte Systeme der beruflichen Selbstverwaltung, die im Interesse der Patienten und Verbraucher eine hohe Qualität beruflicher Leistungen garantieren, ohne Not zerstört werden".
"Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch die völlige Liberalisierung des Finanzsektors ausgelöst wurde, nun durch die Liberalisierung der regulierten Berufe kompensieren zu wollen", so Engel abschließend.
Hintergrund
Bei einem regulierten Beruf wird durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegt, dass die Berufsausübung nur erfolgen darf, wenn der Nachweis über eine bestimmte Qualifikation erbracht wurde.

Pressekontakt

Bundeszahnärztekammer (BZÄK)

10115 Berlin

presse@bzaek.de

Firmenkontakt

Bundeszahnärztekammer (BZÄK)

10115 Berlin

presse@bzaek.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage